

Rede des Vorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion Ludwigshafen, Herrn Heinrich Jöckel, zur Verabschiedung des Haushaltes 2008

Kurs halten auf schwierigem Weg – sparen und gestalten

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Geld ausgeben ist das Lebenselixier von Politikern. Und zugleich die Grundlage ihrer Macht.“ Dieses bemerkenswerte Zitat stammt von Milton Friedman. Er war einer der bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Unter anderem hat Friedman auch die Ökonomie des 4. Weges beschrieben. Er sagt, es gibt grundsätzlich vier verschiedene Wege, Geld auszugeben. Der erste: Sie können ihr eigenes Geld für sich selbst ausgeben. Wenn sie das tun, werden sie sehr genau darauf achten, wofür sie es ausgeben. Und sie stellen sicher, dass sie wirklich das Beste für ihr Geld bekommen.

Sie können aber auch ihr eigenes Geld für andere Leute ausgeben. So können sie zum Beispiel Geschenke machen oder jemand zum Essen einladen. In diesem Fall achten sie auch auf die Kosten. Aber sie achten weniger genau darauf, was der andere davon hat.

Sie können auch das Geld anderer Leute für sich selbst ausgeben. Zum Beispiel staatliches Geld – genauer gesagt, das Geld der Steuerzahler. Oder sagen wir, sie geben das Geld Ihres Chefs aus: sie gehen auf Spesenrechnung Essen, aber sie geben das Geld für sich selbst aus. In diesem Fall sind sie darauf bedacht, etwa Gutes zu bekommen, wählen sorgfältig etwas Leckeres aus. Allerdings achten sie nicht so sehr darauf, was es kostet.

Was passiert aber, wenn sie das Geld anderer Leute für andere Leute ausgeben? Das ist nun der vierte Weg. Wenn sie zum Beispiel dafür zuständig sind, staatliche Transferleistungen auszuzahlen. Nun, sie sind zunächst daran interessiert, Ihr eigenes Leben so gut wie möglich zu gestalten. Die meisten Leute haben zudem auch einen Instinkt für Menschlichkeit und wollen das Bestmögliche tun. Aber, sie machen sich keine Gedanken darüber, wie viel es ist, und auch keine Gedanken darüber, welchen Gegenwert sie dafür erhalten.

Es gibt also vier Wege, Geld auszugeben. Wenn man diese dann bewertet, dann geht es in der Situation, wo sie eigenes Geld für eigene Zwecke ausgeben, am sorgfältigsten zu. Die schlechteste Kombination ist die, und das ist nun die Ökonomie des 4. Weges, bei der fremdes Geld für fremde Leute verwendet wird.

Und das erklärt auch den Zustand unserer öffentlichen Finanzen. Im staatlichen System geben die Beteiligten fremdes Geld für fremde Menschen aus.

Vordergründig gibt es viele Beispiele, auf die Friedmans Situationsbeschreibung zutrifft. Und die Summe aller Beispiele, der heute zu verabschiedende Haushalt 2008, scheint Friedmans These zu belegen: Wir werden in 2008 ein aufgelaufenes Defizit von ca. 900 Mio. € ausweisen. Der operative Fehlbetrag nur für das Jahr 2008 wird fast 60 Mio. € betragen. Es ist richtig: Im staatlichen System geben die Beteiligten fremdes Geld für fremde Menschen aus. Dies gilt grundsätzlich auch für unseren städtischen Haushalt.

Nur: so bedingungs- und schrankenlos wie Friedmans 4. Weg es vermuten lässt, ist unser kommunales Ausgabeverhalten schon lange nicht mehr. Die katastrophale Haushaltssituation und der daraus resultierende Druck führen vielmehr dazu, dass wir mit dem fremden Geld umgehen, wie wenn es unser eigenes wäre. Kurz gesagt: Wir drehen mittlerweile jeden EUR

mehr als dreimal um, bevor wir ihn ausgeben. Als Beleg dafür verweise ich darauf, dass nur noch 14 % des Haushaltsvolumens auf die freiwilligen Leistungen entfallen. 86 % werden dem gegenüber von den Pflichtaufgaben aufgezehrt.

In diesem Zusammenhang sind auch die Sparrunden der letzten Jahre anzuführen und der eingeschlagene Kurs der Haushaltskonsolidierung, den wir als CDU-Stadtratsfraktion gefordert haben und nach wie vor mittragen. Die bisherigen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen waren erfolgreich. So wurden seit 2001 200 Mio. € weiterer Verlust vermieden, also eingespart. Die Personalkosten stagnieren – um die Tarifierhöhung bereinigt – seit Jahren.

Weitere Haushaltskonsolidierungsschritte werden von uns ausdrücklich begrüßt und mit Nachdruck gefordert. Der von der Verwaltung vor kurzem eingeleitete Benchmark-Prozess wird von uns unterstützt und positiv begleitet. Ziel dieses Prozesses ist es, einen Vergleich mit anderen anzustellen, der belegt wie und zu welchem Preis andere Kommunen vergleichbarer Größe und Struktur die jeweiligen Aufgaben erledigen. Liegen die Ergebnisse dieser Untersuchung vor, werden daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen sein. Hier sind dann Verwaltung und Politik gleichermaßen gefordert. Wir, die CDU-Stadtratsfraktion, werden sich dieser Verantwortung dann stellen.

Um diesen Prozess zu unterstützen, hat die CDU in der Stadtratssitzung vom 1. Oktober 2007 beantragt, eine Arbeitsgruppe „Bürokratieabbau“ einzusetzen. Diese Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern der Stadtverwaltung und – falls nötig – externen Sachverständigen zusammensetzt, soll dabei städtische Vorschriften für Unternehmen, Handwerks- und andere Wirtschaftsbetriebe überprüfen und gegebenenfalls eine Liste von zu erneuernden Vorschriften erstellen. Des Weiteren soll diese Arbeitsgruppe überprüfen, inwieweit Genehmigungsverfahren vereinfacht und daher zeitlich verkürzt werden können.

Uns geht es dabei nicht um Einschränkungen beim Umweltschutz oder eine Reduzierung der Aufsicht in sicherheitsrelevanten Bereichen – wo Auflagen, Vorschriften und Kontrollen sinnvoll sind, sollen sie beibehalten werden. Doch um eben dieses herauszufiltern und anderes zu vereinfachen ist eine Überprüfung notwendig.

Klar ist aber, dass wir alleine durch Konsolidierungsmaßnahmen aus dem strukturellen Defizit und aus den hohen Krediten nicht heraus kommen werden. Diese Analyse ist eindeutig und einhellig. Die Oberbürgermeisterin und der Kämmerer haben bei der Einbringung des Haushalts 2008 übereinstimmend festgestellt, dass im Wesentlichen folgende Rahmenbedingungen, die wir nicht unmittelbar beeinflussen können, die desolante Finanzsituation unserer Stadt bedingen: Eine schwankende tendenziell sinkende Gewerbesteuer, die fehlende Basis und Substanz bei der Einkommenssteuer, steigende Sozialausgaben sowie vor allem ein unzureichender Finanzausgleich zwischen Stadt und Land.

So ist es absurd, dass wir bei unserer Haushaltslage 29 Mio. € Gewerbesteuerumlage und weitere 10 Mio. Finanzausgleichsumlage an das Land abführen müssen.

Fakt ist, dass das Land seine Städte nur unzureichend ausstattet. Hier verweise ich auf den Kommunalbericht 2006 des Rechnungshofes. Dort ist nachzulesen, dass die Landkreise pro Einwohner in der Summe aus Steuereinnahmen (Netto), Zuweisungen und Landeszuschüsse in 2005/2006 1.644 bzw. 1.784 € pro Einwohner erhielten; Ludwigshafen demgegenüber lediglich 1.592 bzw. 1.686 € pro Einwohner zugewiesen wurden. Noch krasser fällt der Unterschied beim Vermögenshaushalt aus. Hier bezogen die Landkreise in den Berichtsjahren 138 bzw. 137 € pro Einwohner an Zuweisungen und Zuschüsse vom Land. Unsere Stadt erhielt demgegenüber 54 € pro Einwohner in 2005 und gar nur 21 € pro Einwohner in 2006.

Diese Schieflage erscheint noch dramatischer, berücksichtigt man die faktische Verteilung der einzelnen Aufgaben und deren Wahrnehmung. Diese ruhen in vielen Bereichen in überproportionalem Umfang auf den Städten, nicht auf den Landkreisen. So haben die rheinland-pfälzischen Städte gegenüber den Landkreisen einen durchschnittlich mehr als doppelt so

hohen Anteil an Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Ebenso drängen die Menschen mit Migrationshintergrund in erster Linie und vorrangig in die Städte. Auch die Arbeitslosigkeit ist vor allem in den Städten konzentriert. Allein diese hier zu bewältigenden Herausforderungen erfordern beträchtliche Mittel in den Städten. Alle diese Feststellungen treffen uneingeschränkt auch auf unsere Stadt zu.

Das wirtschaftliche Herz von Rheinland-Pfalz schlägt in Ludwigshafen. Hier wird ein Großteil dessen erwirtschaftet, was in Mainz ausgegeben wird bzw. ausgegeben werden kann. Erfolgreiche Städte sind wichtig für das gesamte Land – ihr Erfolg trägt dazu bei, auch strukturschwache Regionen besser unterstützen zu können. Mit dem ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss bringe ich es auf eine prägnante Formel: „Ohne Stadt ist kein Staat zu machen“. Ein Umdenken in Mainz bei der Landesregierung und bei allen im Landtag vertretenen Fraktionen ist dringend angezeigt. Blickt man auf die Finanzsituation in Ludwigshafen und aller rheinland-pfälzischen Städte zeigt die Uhr genau genommen nicht Viertel vor, sondern Viertel nach Zwölf.

Fest steht: die rheinland-pfälzischen Städte allein können ohne eine Änderung des verfehlten interkommunalen Finanzausgleiches im Land eine Konsolidierung aus eigener Kraft nicht schaffen.

An dieser Stelle sei angemerkt: Wir jammern nicht, schon gar nicht auf hohem Niveau. Wir analysieren und stellen nüchtern fest, welche Defizite wir bei der Finanzausstattung der Gemeinden in Rheinland-Pfalz etwa auch im Vergleich zu anderen süddeutschen Bundesländern sehen. Und wir fordern Mainz auf, diese Defizite abzubauen.

Sicher ist: der Konsolidierungskurs muss fortgesetzt werden. Er kann aber nur dann Erfolg zeigen, wenn das Land endlich mit einer gründlichen Aufgabenkritik dafür sorgt, dass wir auf der Ausgabenseite entlastet werden. Diesen Appell richte ich heute mit Nachdruck an alle, die in Mainz und im Land Verantwortung tragen.

Die große Chance für eine umfassende Aufgabenkritik bietet im Grunde genommen die von der Landesregierung angestoßene Diskussion um eine Kommunal- und Verwaltungsreform in unserem Land. Nur: an dieser umfassenden Aufgabenkritik fehlt es bislang. Das bisher von den Experten der Ministerien vorgelegte 33-Punkte-Programm wird diesem Anspruch in keinsten Weise gerecht. Zudem vermischt die Landesregierung eine Verwaltungs- mit einer Gebietsreform. Entgegen zahlreicher öffentlicher Bekundungen zunächst diese Aufgabenkritik durchzuführen und eine Reform nicht ohne die Zustimmung der anderen großen demokratischen Parteien umzusetzen, wird trotz fehlender Konzepte statt an einer Verwaltungs- an einer Gebietsreform gearbeitet, Gespräche mit Bürgermeistern und Landräten, die in diese Richtung zielen, geführt.

Was aber Rheinland-Pfalz zu aller erst braucht, ist eine Verwaltungsreform aus einem Guss. Deren Ziel muss unter anderem die Stärkung der Effizienz der Verwaltung und die Kostensenkung bei Verwaltungs- und Personalausgaben sein; von den Ministerien angefangen bis zu den Kommunen.

Bis jetzt ist nicht der klare Wille der Landesregierung erkennbar, dass bei einer Verwaltungsreform auch die Landesebene die Zuständigkeiten in ihren Bereichen neu ordnen und näher an die Bürger heranbringen will. Es kann und darf nicht Sinn einer Verwaltungsreform sein, nur unliebsame Aufgaben von der Landesebene auf die kommunale Ebene zu übertragen. Der Kämmerer hat in seiner Haushaltsrede den Wunsch geäußert, Mainz möge die Stadt-Umland-Problematik in der anstehenden Verwaltungsreform aufgreifen; zugleich hoffe er auf etwas Mut bei der Korrektur erkennbarer Fehlentwicklungen. Die CDU-Stadtratsfraktion unterstützt den Kämmerer in diesen Punkten voll und ganz. Die Eindrücke allerdings, die ich im Rahmen der Regionalkonferenz Ende Oktober im Heinrich Presch-Haus gewonnen habe, lassen mich zweifeln, dass unser gemeinsames Anliegen von Mainz aufgegriffen und umge-

setzt wird. Dazu sind zu viele Themen jetzt schon tabuisiert und ausgeklammert. Im Übrigen habe ich an diesem Abend einen müden und unmotivierten Innenminister erlebt, dem die Veranstaltung eher eine Last als Lust war.

Völlig Außer Acht gelassen wird im übrigen bei der ganzen Diskussion die extrem schwierige Haushaltslage der rheinland-pfälzischen Städte. Warum – so frage ich – beteiligt man nicht reformwillige Oberbürgermeister und Bürgermeister intensiv und zielorientiert an diesem Prozess? Die Möglichkeiten der Kooperation von Kommunen sind noch lange nicht alle an- und durchdacht, geschweige denn ausgeschöpft. Warum nicht über die Zusammenfassung von Städten mit ihrem Umland zu „regionalen Netzwerken“ offensiv nachdenken? Und warum greift man nicht nochmals das Thema Konnexität „Wer bestellt, bezahlt“ auf. Dies mit dem festen Willen, nicht nur nach 2004 vom Land geschaffene Verpflichtungen diesem Prinzip unterzuordnen, sondern auch die so genannten Altlasten. Korrekturmöglichkeiten gibt es also – man muss sie nur wollen und umsetzen.

Meine Damen und Herren,

die Kommunen, also auch unsere Stadt, haben gegenüber dem Land einen Anspruch auf finanzielle Mindestausstattung, die es ihnen nicht nur erlaubt, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen, sondern auch ein Mindestmaß an freiwilligen Leistungen ermöglichen soll. Diese verfassungsrechtlich garantierte Finanzhoheit der Kommunen ist Wesensgehalt unseres Rechts auf kommunale Selbstverwaltung. Diese Garantienstellung des Landes ist in der Konsequenz der Ausgleich dafür, dass viele unserer Aufgaben in hohem Maße fremdbestimmt sind. Das Land wird dieser Garantienstellung unserer Stadt gegenüber schon lange nicht mehr gerecht. Es bleibt daher eine zentrale Forderung von uns, die Schieflage und Fehlentwicklungen in den Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Städten endlich zu korrigieren. Wir werden diese Forderung immer und immer wieder, auf allen Ebenen, in den unterschiedlichsten Sachzusammenhängen artikulieren. Diese Thematik werden wir in den nächsten Wochen konsequent in alle ihren Facetten ganz oben auf der politischen Tagesordnung halten. Mainz darf Ludwigshafen nicht länger im Regen stehen lassen.

Die wichtigste Einnahmequelle der Stadt ist und bleibt die Gewerbesteuer. Soweit die Höhe dieser Steuereinnahmen konjunkturell schwankt und tendenziell sinkt, ist dies von uns nicht unmittelbar beeinflussbar. Aber: wir können und wollen aus eigener Kraft dazu beitragen, dass der Standort Ludwigshafen steuerlich attraktiv und die Steuerkraft unserer Stadt insofern erhalten, das heißt in einer gewissen Bandbreite kalkulierbar bleibt. Dem Ansinnen, den Gewerbesteuermessbetrag zu erhöhen – ein entsprechender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen liegt heute zur Abstimmung vor – erteilen wir eine eindeutige Absage. Auch 2008 bleibt der Gewerbesteuermessbetrag unverändert bei 360 %. Wir geben damit ein klares Signal und zeigen damit Verlässlichkeit sowie Kontinuität. Das Steuerabkommen mit der BASF hat sich bewährt. Die Stadt hat von diesem Abkommen außerordentlich profitiert. Es ermöglicht den Verantwortlichen, den Wirtschaftsstandort Ludwigshafen im Gesamtkontext innerhalb des Konzerns als steuerlich attraktiv zu positionieren und Besteuerungsvermeidungs- und Steueroptimierungsszenarien zu Lasten unserer Stadt nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Dies soll auch 2008 so bleiben. Der Ruf nach einer Erhöhung der Gewerbesteuer mag populär sein – gerade auch vor dem Hintergrund hoher, allerdings nach den Regeln der Handelsbilanz ermittelter Gewinne. Warum sich also nicht ein möglichst großes Stück vom Kuchen holen? Dies, meine Damen und Herren, wäre kontraproduktiv. Relativ schnell wäre das Konstrukt der Gewinnabführungsverträge modifiziert, zu Lasten des Standortes Ludwigshafens geändert, Steuerströme damit umgeleitet. Von weiteren, besteuereungsrelevanten Umorganisationen ganz zu schweigen. Wir stehen für eine nachhaltige weitsichtige Politik auch in diesem Punkt. „Heute der kräftige Schluck aus der Pulle“ – morgen der Kater und der Katzenjammer – dies, meine Damen und Herren, ist mit uns nicht zu machen.

Mit der reinen Lehre der Ökonomie ist jedoch keine Stadtpolitik zu machen und zu gestalten. Kommunale Selbstverwaltung und insbesondere die Kommunalpolitik wollen die Daseinsvor-

sorge für die Bürgerinnen und Bürger sichern und Perspektiven für die Stadt schaffen. Wir wollen angesichts begrenzter finanzieller Möglichkeiten nicht resignieren, sondern die geringen Gestaltungsräume konsequent nutzen; aus Verantwortung für unsere Stadt einerseits die Haushaltskonsolidierung also weiter vorantreiben, andererseits langfristig denken und planen, nachhaltig Handeln und zu investieren – dafür steht die CDU-Stadtratsfraktion.

Diese nun nicht erst seit heute, sondern schon seit geraumer Zeit praktizierte kommunalpolitische Leitlinie und die darauf fußenden Weichenstellungen der Vergangenheit bringe erste Früchte.

So belegt der statistische Jahresbericht 2006 zum 6. Mal in Folge für unsere Stadt einen Einwohnerzuwachs – keine Stagnation oder gar Rückgang. Unsere Stadt koppelt sich damit eindeutig vom ansonsten landesweit festzustellenden Negativtrend bezüglich der großen Städte ab.

Die Daten zur Wohnungsbautätigkeit unterstreichen die Hinwendung zum Ein- und Zweifamilienhaus und die Abkehr von Mehrgeschossbau. Die Neubaugebiete Melm und Neubruch sind zu 43 % bebaut. Im Neubruch liegen für weitere 11 % der Bauflächen Baugenehmigungen vor. Insbesondere das Neubaugebiet Im Neubruch ist für Familien aus dem Umland nachweisbar interessant. Aus den Beratungen im Bauausschuss wissen wir, wie schwierig und komplex die Umplanung in diesen Gebieten vor dem Hintergrund der an und für sich verbindlichen Bebauungspläne ist. Ich nutze die Gelegenheit an dieser Stelle den Mitarbeitern des Baudezernates und des Dezernenten für ihre erfolgreiche Arbeit zu danken.

Neben den Neubaugebieten ist auch das Modernisierungsgeschehen ein wichtiger Faktor. 2006 wurden 418 Wohnungen genehmigungspflichtig modernisiert. Ein Schwerpunkt bilden dabei die Aktivitäten der GAG in der Ebertsiedlung. Wir können darauf setzen, dass ähnlich wie im Westend oder in der Gartenstadt diese Modernisierungsanstrengungen eine Stabilisierung und Verbesserung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur in diesen Gebieten zur Folge haben wird.

Vorwärts geht es auch am Rheinufer Süd. Neben dem Engagement der GAG nimmt das Projekt der Fa. Ostermayer dort konkret fassbare Gestalt an. Wir dürfen sicher sein, dass weitere Investorenpläne am Rheinufer Süd in naher Zukunft sichtbare Realität werden.

Konkret wahrnehmbar sind auch die Fortschritte auf der Parkinsel. Gerade für dieses Gebiet interessieren sich zunehmend Bauwillige aus dem Umland, auch von Rechts des Rheins – ein, wie ich finde, ermutigendes Zeichen.

Weiter voran geht es auch mit dem Umbau und der Umgestaltung der Innenstadt. Mit dem Neubau des ECE-Centers steht das größte Privatinvestment in der Geschichte unserer Stadt bevor. Mit den heute hierzu zu fassenden Beschlüssen wird ein weiteres Stück des Weges zum ersten Spatenstich im nächsten Jahr frei gemacht.

Wir halten unsere Zusage, dass die „alte“ Innenstadt bei der Fortentwicklung und Umgestaltung nicht abgehängt, sondern mit flankierenden Maßnahmen in den Prozess voll mit einbezogen wird. Ein wichtiger Mosaikstein ist dabei die auf den Weg gebrachte Ausweisung von Sanierungsgebieten in Quartieren in Mitte und Süd. Unser erklärtes Ziel ist es auch hier, Privatinvestitionen zur Modernisierung der vorhandenen Wohn- und Gewerbeimmobilien zu generieren.

Die mit der Ministermillion finanzierten Maßnahmen – etwa die neue Möblierung der Fußgängerzone und die Spielpunkte – sind gut angelegtes Geld. Die Projektorganisation Stadtumbau wird nun führend von der WEG verantwortet, die damit als zentraler Ansprechpartner und Mittler fungiert. Personell wird ein Team, bestehend aus Mitarbeitern verschiedener

Verwaltungsbereiche sowie aus Externen die jeweiligen Aufgaben übernehmen. Insbesondere werden hier auch die Aufgaben eines Citymanagers übernommen.

Neben dem Schwerpunkt Stadtentwicklung ist unser Fokus nach wie vor auf den Bereich Schulen gerichtet. Das Schulsanierungsprogramm wird fortgesetzt. In den Jahren seit 2000 haben wir in diesem Bereich 73,2 Mio. € investiert. Für 2008 sind weitere 10,3 Mio. € vorgesehen. Danach verbleibt immer noch ein Sanierungsstau von ca. 120 Mio. €, den es in den nächsten Jahren gilt, konsequent weiter abzubauen. Ganz bewusst setzen wir einen Schwerpunkt im Hygienebereich und stellen sicher, dass 300.000,-- € für die Sanierung der Toiletten in der Goethe-Mozart-Schule, der Bliesschule und dem Carl-Bosch-Gymnasium eingeplant werden.

Konsequent ist es nach unserer Auffassung auch, die Schulsozialarbeit weiter auszubauen. Für die Realschulen werden hier zwei Stellen geschaffen. Neben den Hauptschulen ist somit auch für die Realschulen ein flächendeckendes Angebot gesichert. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Schulreform ist dieses Angebot zunächst auf 2 Jahre befristet. Danach wird man entscheiden müssen, wie sich die Umstrukturierungen im Schulsystem auf dieses Angebot auswirken und wir reagieren müssen.

Die Initiative der SPD zur Schaffung von 2,8 zusätzlichen Personaleinheiten für die Straßensozialarbeit in den 3 Regionalgebieten unserer Stadt tragen wir mit. Die Zahl der Jugendlichen, die sich in Vereinen und Jugendgruppen freier Träger sowie in die Arbeit unserer Jugendfreizeitstätten nicht einbinden lassen, nimmt stetig zu. Leider ist auch festzustellen, dass zunehmend auch die Eltern – aus welchen Gründen auch immer – ihrem erzieherischen Auftrag und ihrer Verantwortung nicht gerecht werden. Das neue zusätzliche Angebot ist daher wichtig und wirkt als sozial stabilisierender Faktor in den betroffenen Räumen und Ortsteilen unserer Stadt.

Nachhaltig zu investieren gilt es auch in den Bereich Familie und Kinder. Die CDU steht für die verbesserte Vereinbarung von Familie und Beruf. Die „Von-der-Leyen-Initiative“ und der Rechtsanspruch für alle Zweijährigen auf einen Kindertagesstättenplatz sollen daher auch in Ludwigshafen umgesetzt werden. Bis 2010 werden 675 neue Plätze geschaffen und fast 14 Mio. € in diesen Bereich investiert. 95 Mitarbeiter sind für diesen Bereich und in diesem Zeitraum zusätzlich einzustellen. Nach den Planungen ist dies erforderlich und mit Blick auf das Ziel nur konsequent.

Wir wollen bei diesem Prozess die freien Träger, insbesondere also die beiden Kirchen in unserer Stadt, mitnehmen. Die auf dem Prinzip der Subsidiarität aufbauende Trägervielfalt ist Teil der Betreuungskultur in unserer Stadt. Diese Vielfalt wollen wir auch in Zukunft erhalten. Wir wissen um die finanziellen Nöte der freien Träger. In den Kirchenverwaltungen in Speyer führen die Haushaltszwänge dazu, dass jedes Angebot auf den Prüfstand gestellt wird. Mit unserer Initiative, 40.000,-- € als Zuschuss an Mehrfachträger von Kindertagesstätten zum Ausgleich eines etwaigen aus dem Betrieb der Einrichtungen resultierenden Defizits, setzen wir ein Zeichen. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass die freien Träger im bisherigen Umfang weiter im Boot bleiben. Wir setzen darauf, dass die geplante Neuregelung der Co-Finanzierung der Einrichtung der freien Träger diesen es erlaubt, sich langfristig für den Erhalt ihrer Einrichtungen in unserer Stadt zu entscheiden. Die Verhandlungen hierzu sind in vollem Gang. Wir hoffen und wünschen, dass die Jugenddezernentin, Frau Professor Reifenberg, diese zu einem guten Ende führt. Dies ist in unserem, aber vor allem auch im Interesse unserer Stadt.

Ein weiterer Schwerpunkt im Jugendbereich die konsequente, behutsame und kostenbewusste Weiterentwicklung im Bereich erzieherische Maßnahmen und Familienhilfe. Trotz eines deutlichen Anstieges der Fallzahlen konnten die Kosten für Heimunterbringung in den zurückliegenden Jahren konstant gehalten werden. Es ist nämlich gelungen die notwendigen Hilfen zunehmend durch ambulante Maßnahmen zu leisten. Dieser interne Umsteuerungs-

prozess, den die CDU seit Jahren unterstützt, kann nur aufgrund des großen Engagements und der hohen fachlichen Kompetenz der am Prozess beteiligten Mitarbeiter so erfolgreich sein. Dafür an dieser Stelle unseren herzlichen Dank!

Kein urbanes Leben ohne Kultur -, Veranstaltungs- und Freizeitangebot. Ludwigshafen als Oberzentrum muss hier in der Region Flagge zeigen. Viele Menschen machen ihre subjektiv definierte persönliche Lebensqualität auch von der Frage abhängig, was eine Stadt in diesem Bereich zu bieten hat.

Einmal mehr erkläre ich für die CDU-Stadtratsfraktion: wir stehen zur Sanierung des Pfalzbaus als unsere zentrale Veranstaltungs-, Kongress- und Theaterstätte. Gerade in dieser Trimodalität liegt unsere Chance, gegen über anderen eine Alleinstellung am Markt einzunehmen. Mit der sich abzeichnenden Kooperation zwischen unserer LUKOM und der Mannheimer m:con wird insoweit ein neuer kreativer Weg beschritten, den wir ausdrücklich begrüßen.

Im Bereich Kultur wurde in den zurückliegenden Jahren überproportional gekürzt. Dies mag über einen gewissen Zeitraum hinnehmbar und akzeptabel gewesen sein. Bei genauem Hinsehen und insbesondere beim Vergleich mit anderen Kulturangeboten in der Region ergibt der Befund: Wir dürfen die Kultur in unserer Stadt auf Dauer nicht Totsparen. Tote Kultur – tote Stadt. Wir wollen aber eine lebendige Stadt – demzufolge auch ein lebendiges, vielfältiges Kulturangebot. Gemeinsam mit der SPD stellten wir daher den Antrag 50.000,- € zusätzlich zur Förderung der privaten Kulturanbieter und Veranstalter in den Haushalt 2008 einzustellen.

Wir haben uns dafür ein- und durchgesetzt, den Theateretat um 250.000,- € zu erhöhen. Damit ist sichergestellt, dass insbesondere die Theaterfestspiele im bisherigen Umfang und in der Vielfalt auch in 2008 fortgesetzt werden können. Die Theaterfestspiele sind ein Riesenerfolg, der regional und bundesweit wahrgenommen wird. Wir sind uns dessen bewusst, dass dies vor allem der Person und der Persönlichkeit unseres Intendanten Hansgünther Heyme und seinem außerordentlichen Engagement zu verdanken ist. Der Kunstpreis 2007 des Landes Rheinland-Pfalz, der ihm vor wenigen Tagen zuerkannt wurde, unterstreicht dies nachdrücklich. Heyme geht neue Wege, schafft neue Angebote und macht Theater und Kultur für neue Bevölkerungskreise – Junge, Alte, Migranten, Familien usw. interessant. Unter seiner Verantwortung ist der kulturelle Horizont in unserer Stadt deutlich erweitert worden. Dabei sind die Übergänge zwischen Kultur- und Sozialarbeit fließend. Und wir stellen fest, dass auf der Grundlage der in unserem Grundgesetz gewährleisteten Freiheit der Kunst die einzelnen Genres ebenso vielfältig sind wie die möglichen Stilmittel, diese bis zur die Grenzen ausreizenden Provokation reichen können. Unsere von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geprägte Gesellschaft lebt diesbezüglich auch vom kontroversen Diskurs.

Auch der Sport in unserer Stadt hat in den zurückliegenden Jahren einen nicht zu unterschätzenden Sparbeitrag geleistet. Die damaligen Kürzungen wurden nach außerordentlich sachlich und fair geführtem Dialog von den Verantwortlichen geradezu sportlich akzeptiert – dies war alles andere als selbstverständlich. Die Förderung der Vereine mit eigenen Anlagen und des Jugendsports hat in Ludwigshafen eine große und lange Tradition. Wenn wir hier die Zuschüsse um jeweils 10 % erhöhen, tragen wir der allgemeinen Preisentwicklung insbesondere im Energiebereich Rechnung. Die Teuerung in diesen Bereichen macht so manchem Vereinsvorsitzendem und Vereinsrechner zu schaffen. Dies wissen und sehen wir. Deswegen wollen wir diese maßvolle, alles andere als üppige Korrektur. Wir reden hier über zusätzliche 30.000,- bzw. 8.500,- €. Diese Ausgaben sind uns die Vereine und ihre hervorragende Arbeit wert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Kurs halten auf schwierigem Weg – sparen und gestalten. Von diesen Leitlinien ließ sich die CDU auch bei diesen Haushaltsberatungen leiten. Nach wie vor stellen wir dabei eine große

Übereinstimmung mit der anderen großen Fraktion fest. Für uns ist es daher nur konsequent und folgerichtig, dass CDU und SPD auch den Haushalt 2008 gemeinsam tragen. Mit unseren Initiativen setzen wir kleine aber wichtige Signale in die Stadt und in die einzelnen Bereiche. Natürlich haben wir die Hoffnung, damit etwas zu bewegen. Rein rechnerisch aber bewegen wir damit gerade mal 0,09 % des Haushaltsvolumens. Angesichts dieser Quote erscheint das Lebenselixier der Kommunalpolitik in Ludwigshafen nicht gerade überschäumend. Wir stellen aber auch mit dem Haushalt 2008 sicher, dass die wichtigsten Lebensadern unserer Stadt nicht unterbrochen werden, sondern weiter pulsieren. Trotz angespannter uns, die in der Kommunalpolitik Verantwortlichen, bedrückender Finanzlage können die Bürgerinnen und Bürger mit einer gewissen Zuversicht ins neue Jahr gehen.

Abschließend bedanke ich mich bei allen die bei der Aufstellung dieses Haushaltes mitwirkten, bei allen Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere in der Kämmerei, an ihrer Spitze der Kämmerer Wilhelm Zeiser. Vielen Dank für die geleistete Arbeit und ihr Engagement.

Ich bedanke mich bei ihnen für ihre Aufmerksamkeit.